

Abschrift vom Tonträger:

Rede Günther H. Oettinger, EU Kommissar für Energie

Lieber Herr Otto, Herr Mattner, verehrte Freunde Peter Harry Carstensen und Joachim Herrmann, Herr Oberbürgermeister Ude, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Staat und Wirtschaft, wer soll was leisten? Schon in den bisherigen Redebeiträgen kam zum Ausdruck, dass hier eine ökonomische, aber eine weit über die Wirtschaft hinausgehende Frage der Gesellschaft neu aufgeworfen wird. Ich will voranschicken die Frage: Wohin wollen wir eigentlich? Wo soll Deutschland im 21. Jahrhundert am Anfang, in der Mitte und am Ende stehen? In unserer Generation, für unsere Kinder, die Enkelkinder, wohin führt der Weg Deutschlands in einem friedlichen Europa und einer hoffentlich friedlichen Welt? Die letzten sechs Jahrzehnte waren von Wachstum geprägt. Wir kamen nach dem von uns verschuldeten Zweiten Weltkrieg aus dem Nichts und haben uns immer an dem Thema Aufbau und Ausbau orientiert. Mehr Wohnqualität, mehr Infrastruktur, mehr Kultur, bessere Daseinsvorsorge von dem ersten Lebenstag bis zum letzten Lebensjahr. Die letzten sechs Jahrzehnte waren von Aufbau und Ausbau von Wachstum geprägt. Jetzt erleben wir, dass Wachstum nicht mehr automatisch ist. Europa zum Beispiel wächst schon nicht mehr. Deutschland, die Ausnahme, hat in diesem Jahr und im nächsten Jahr ein herausragendes Wirtschaftswachstum, Europa stagniert. Und wir werden nicht mehr Menschen sein, wir werden älter werden. Und die Welt ist jung und wächst. Der Zahl der Köpfe nach, in ihren Bruttosozialprodukten und in dem, was sie an Leistung einbringen und Produkten einbringen für den Wettbewerb. Wie soll das Auto in 20 Jahren aussehen? Mit mehr PS oder ohne Diesel und Otto-Motor? Wie soll Ihre Wohnung aussehen? Jedes Jahr ein Quadratmeter mehr? Das war der Maßstab der letzten sechs Jahrzehnte. Wie soll unser Privatleben und die Freizeitgesellschaft aussehen? Noch heller, noch schneller? Mit noch mehr Angeboten? Noch konsumtiver als bisher? Kurzum: Ich will sagen, bevor wir die Frage besprechen, was der Staat und was die Wirtschaft leisten soll, sollten wir über unser Gesellschaftsbild reden. Wo soll Deutschland in zehn Jahren und in vierzig Jahren, 2020 und 2050 in einem größer werdenden Europa stehen, welchen Beitrag wollen wir leisten? Welchen Tablettenplatz wollen wir erreichen? Und wie kann Europa aussehen in einer dynamischen sich verändernden Welt? Im

Fußball und im Sport generell akzeptieren wir das Leistungsprinzip: höher, schneller, besser, erfolgreicher. Das gilt für Bayern gestern Abend und in der Bundesliga derzeit eingeschränkt, aus Stuttgart kommend bin ich ruhig derzeit, aber ich hab ja noch Hoffenheim. Das gilt aber auch für die Olympischen Spiele, um die sich München hoffentlich mit Erfolg bewerben wird, um dann dort zu erleben, dass die Skifahrer schneller, die Eiskunstläufer noch perfekter und die Eishockeyspieler noch härter im Erfolg unterwegs sind. Und wir als Zuschauer begrüßen und beklatschen dies. Wollen wir das Vorbild Sport auch für die Gesellschaft und die Wirtschaft, frage ich wertfrei. Haben wir noch den Ehrgeiz für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit? Wollen wir in 10 und in 40 Jahren noch die besten Autos bauen, die beste Architektur mit verkörpern und im Bruttoinlandsprodukt wahrnehmbar sein? Oder sind wir satt und begnügen uns mit dem, was von Großeltern und Eltern, vielleicht auch von uns aufgebaut und erreicht worden ist? Wie erziehen wir unsere Kinder? Hin zu Wachstum und Wettbewerb? Oder eh in eine andere Richtung, die eher aus Lebensqualität und Zufriedenheit, vielleicht auch Selbstgefälligkeit besteht? Deutschland einerseits, die Industriemaschine der Welt. Maschinenbauanlagen, Baufahrzeuge, Bauelektrotechnik, Chemie, wir sind stärker als jemals zuvor und haben nicht den Fehler Großbritanniens, der De-Industrialisierung gemacht. Aber ich stelle fest, das Wachstum dieses Jahres und des nächsten Jahres darf uns nicht verführen. Der Prozess der De-Industrialisierung setzt sich auch in Deutschland fort. Und zwei Gründe gibt es dafür. Der eine Grund heißt Kosten. Wir haben zum Teil Standortkosten, die nicht mehr im weltweiten Wettbewerb darstellbar sind. Ich komme im Thema Energie darauf zurück. Und der zweite Faktor heißt: Skepsis, Distanz. Gegen industrielle Anlagen, gegen Großtechnik, gegen neue Technologien und gegen Infrastruktur. Kein Land lehnt so konsequent Entwicklungen der Infrastruktur und der Industrie ab wie wir. In Wahlen, in Umfragen und vor Gericht. Und das heißt, ich fordere uns alle auf, nicht nur die Frage Staat und Wirtschaft zu entscheiden und zu beraten, sondern die Frage aufzuwerfen, wohin der Staat und seine Wirtschaft und Gesellschaft, Arbeitswelt in den nächsten Jahrzehnten eigentlich führen will. Wie soll das Umfeld unserer Kinder aussehen und welche Angebote machen wir an die Kinder der Welt, damit Deutschland attraktiv bleibt? Zwischen Staat und Wirtschaft ist es ein regelmäßiges Wechselspiel. Und meine Meinung heute geht dahin, dass man die Pendelschläge nicht überziehen soll. Natürlich haben wir in den 80er und 90er Jahren entlang der Globalisierung das Thema Privat vor Staat zu wenig hinterfragt und war das Thema mög-

lichst wenig öffentliche Aufgabenwahrnehmung populär. Und in diesen Jahren hat die Wirtschaft auch oftmals über den Staat gelächelt. Da war man nicht gerne Beamter, da war man Manager. Da ging man nicht zur Sparkasse, da ging man zur Globalbank. Da war man nicht mehr Bankier, sondern Investmentbanker. Da war im Grunde genommen alles, was irgendwo nach Staat gerochen hat, nicht mehr in. Wenn dies der falsche Weg gewesen war und wenn wir uns von den Wachstumsraten und scheinbaren Erfolgen des weltweiten Investmentbanking haben blenden lassen, dann rate ich jetzt umgekehrt, dass der Pendelschlag in Richtung Staat maßvoll bleiben soll. Und nicht zu stark in die Gegenrichtung ausschlagen darf. Wir müssen dann die Frage aufwerfen, was denn Staat heißt. Unter Staat verstehen wir die öffentliche Hand, vermute ich. Wo fängt die an? Die fängt heute mit der Europäischen Union an. Und auch für diese Ebene werbe ich. Warum? Bei allem Respekt vor der Weltstadt München mit 1,3 Millionen Einwohnern, vor dem Freistaat Bayern mit 12 Millionen Einwohnern, Bayern und Baden-Württemberg sind mit 22, 23 Millionen Einwohnern gerade mal so groß wie die Weltstadt Shanghai. Eine Stadt größer als der Süden Deutschlands. Und ganz Europa, EU 27, hat mit 500 Millionen Menschen gerade einmal 7 Prozent der Weltbevölkerung. Tendenz deutlich sinkend. Und deswegen behaupte ich, es gibt für einige große Aufgaben die unsere Betriebsgröße Europäische Union, wenn man für die Entwicklung der Welt in den nächsten Jahrzehnten Werte, Kultur, Standards, Normen, wirtschaftliche Impulse, wahrnehmbar und stark bleiben will. Es geht nicht um G7 und nicht um G8 und auch G20 ist nur ein Konvent. In Wahrheit geht es um G2 oder um G3. Wenn die Welt in der Ordnung G2 entschieden wird, dann heißt dies, dass noch Amerika und schon China die wichtigen Weichen der Welt stellt. Noch Amerika. Das letzte Jahrhundert war ein amerikanisch geprägtes Jahrhundert, von der Beendigung von Kriegen und der Friedenssicherung angefangen, über Demokratie, Marktwirtschaft, Sprache, Kultur bis zu Jeans und Kaugummi. Und die große Wahrscheinlichkeit besteht schon jetzt darin, dass nach dem amerikanischen Jahrhundert direkt ein asiatisch, chinesisches geprägtes Jahrhundert kommt, wenn sich nicht Europa nochmals aufrafft und zwischen die beiden Mächte hinein ins Spiel zurückbringt. G2 hieße, USA und China. G3, wenn G3 jetzt kommt, heißt, dass Europa der Dritte im Bunde für die Bestimmung von Vorzeichen für Kultur, Religion, Werte, Sprachen, Standards, Normen, Wirtschaftsimpulse Wettbewerbsregeln werden kann. Wenn G3 nicht jetzt, sondern in 15 Jahren kommt, ist die Folge klar: Da wird Indien der Dritte im Bunde sein und Europa ist weit weg. Das

Reich der Mitte, China. Wenn Sie einmal in den Ministerien in Peking sind und die Weltkarte dort sehen, da ist China schon in der Mitte aufgestellt und da ist Europa genau dort, wo auf unseren Weltkarten Alaska ist. Ganz links oben. Da ist es bitterkalt. Und deswegen kann ich nur raten, die Europäische Union ist das Maß, mit dem auch Baden-Württemberg, auch Bayern, auch Hamburg mit seinen Zielen erfolgreich bleiben kann. Wir brauchen eine starke europäische Gemeinschaft, wenn es um die Sicherung und Verteidigung und den Export uns wichtiger Werte und wirtschaftlicher Impulse geht. Dann ist die öffentliche Hand mit Sicherheit Deutschland, der Mitgliedsstaat, dann die Länder, dann die Kommunen. Das heißt, wir müssen bei diesem Thema immer die Frage besprechen, was heißt denn Staat. Und ich bringe ganz bewusst den Grundsatz der Subsidiarität ein. Ich bekenne mich zu ihm. Europa muss das machen, das nur Europa machen kann. Großforschung, Infrastruktur, Friedenssicherung, Binnenmarkt, Welthandel und anderes. Aber sich um alles zu kümmern auf europäischer Ebene wäre, nein, ist leider falsch. Dasselbe gilt für Deutschland in Relation zu den Ländern, und es gilt für die Länder in Relation zu den Kommunen. Wir haben per se Subsidiarität, die jeder, der eine Aufgabe nach oben bringen will, durch den Nachweis der besseren Lösung auch, entsprechend beachten muss. Aber genauso meine ich, wie es Subsidiarität zugunsten der kleineren Ebene, bis zu Kommune, gibt, und nirgendwo ist die kommunale Selbstverwaltung und die Kommunalverfassung so stark ausgeprägt wie bei uns, deswegen, in der Tat, ist in Brüssel die kommunale Selbstverwaltung zu vertreten, zu verteidigen und ständig auch dort in Einklang mit EU-Recht zu bringen. So sehr ich vom Gedanken der Subsidiarität überzeugt bin, glaube ich auch, dass der Staat, egal, welche Ebene, begründen muss, wenn er eine Aufgabe wahrnehmen will, und dies nicht die Privatwirtschaft, die Familie, die Gesellschaft mit den normalen Marktregeln leisten soll. Subsidiarität gilt nicht nur zwischen den Staaten und den Kommunen, sie gilt zwischen der öffentlichen Hand insgesamt im Vergleich zur privaten Gesellschaft und zur Privatwirtschaft. Niemand kommt auf die Idee, dass man staatliche Autos baut. VEB's sind nicht unser Ziel. Und auch die Nahrungsmittelsicherung, Brot, Butter, Fleisch, Milch, Käse, geschieht durch Handwerksmeister und Händler, durch kleine und große, in Deutschland auf höchstem Niveau. Wir haben die soziale Marktwirtschaft und Europa wurde auf zwei Säulen aufgebaut, die Friedensunion einerseits und der Binnenmarkt andererseits. Wir haben den Binnenmarkt, der durch die Regeln WTO des Welthandels ergänzt und globalisiert wird. Das heißt, wir, die wir öffentliche Mandatsträger sind

aber auch für die Ordnungspolitik und die Gesetzgebung zuständig, sollten immer hinterfragen, wie viel Staat ist denn sinnvoll für die Aufgabenerledigung und sollten den Vorrang für Privatwirtschaft akzeptieren, wenn er meinem Verständnis von Subsidiarität entspricht. Derzeit haben wir eine Staatsquote in Deutschland von langjährig 45 Prozent. Das heißt, von unserem Bruttoinlandsprodukt, das etwa 2500 Mrd. Euro in Deutschland ausmacht, gehen direkt und indirekt über Abgaben, Steuern und Beiträge und Gebühren 45 Prozent in die Kassen der öffentlichen Hand. Bund, Länder, Gemeinden, Sozialsysteme sind die wesentlichen Aufgabenträger dafür. Mein Rat ist, da kommt es auf ein, zwei Prozent nicht zwingend an, 45 Prozent ist ein meines Erachtens zeitgemäßer und richtiger Wert. 50 oder mehr wäre falsch. Und 40 oder weniger wäre ebenfalls für die Aufgabenerfüllung nicht das richtige Maß. Wir haben also in etwa eine Staatsquote, die stimmt. Aber wir haben dabei zwei Probleme, die ich ansprechen will. Das erste Problem heißt Demographie. Die Zahl der Leistungsträger in den nächsten Jahrzehnten, das heißt, die für das Bruttoinlandsprodukt verantwortlich, für Wachstum verantwortlich sind, nimmt ab, die Zahl der Steuerzahler geht zurück und die Zahl der Leistungsempfänger, mit hohen Erwartungen in den ersten Jahren der Vollbetreuung und mit Ruhestand in Gesundheit oder mit medizinischem Handlungsbedarf, steigt an. Das heißt, tendenziell haben wir Sprengsätze in der Staatsquote, sinkende Zuführung und steigende Erwartung im Aufgaben- und Ausgabenbereich. Und das zweite Problem ist sehr konkret: Wir haben in den letzten Jahrzehnten auf allen politischen Ebenen über die Einnahme der Steuern, Abgaben, Gebühren und Beiträge hinaus, die die 45 Prozent ausmachen, noch eine fünfte Einnahmequelle gesucht: die Bank - und Schulden gemacht. Die deutschen Schulden liegen in wenigen Jahren bei 2000 Mrd. Euro, was zu Zinsen auf Ewigkeit zu 80 Mrd. im Jahr führt. Wir haben also, vereinfacht gesagt, in den letzten Jahrzehnten die Staatsquote über den Weg zur Bank um drei Prozent langjährig erhöht und drei Prozent über die Einnahme hinaus ausgegeben, indem Schulden gemacht worden sind. Und wir müssen jetzt schon von dem, was an Staatsquote in Einnahmen zu uns kommt, drei Prozent für den Zinsdienst ohne Tilgung, drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts von Ihnen abnehmen, ohne sinnvolle Aufgabenwahrnehmung, allein, damit die Bank in uns noch halbwegs solvente Schuldner sieht. 80 Mrd. Euro. Ihre Steuern, Ihre Abgaben, Ihre Gebühren und Beiträge erheben wir ohne Sinn. Nur damit die Altlast uns nicht sprengt. Was könne man mit 80 Mrd., alles tun - hätten wir nur keine Schulden - für den Straßenbau, die Bildung, Soziales oder für

Steuersenkungen, die leichtfertig vor Wahlen versprochen worden sind und von Ihnen gewählt worden sind, in diesen Jahren tun? Was könnte man damit tun? Das heißt, wenn die Staatsquote gleich bleibt, 45 Prozent, und sie wird in etwa dieses Maß halten, werden nicht mehr drei Prozent on top möglich sein, weil die Neuverschuldungen gegen Null gehen muss, sondern drei Prozent davon abzuziehen sein, weil der Schuldendienst dies notwendig macht. Also gefühlt war bisher und wird auch in Zukunft die Abgabe von Ihnen bei 45 Prozent sein, aber man hat die Raumtemperatur für Sie um drei Prozent auf 48 Prozent erhöht. Und senken sie in Kürze auf 42 Prozent ab. Das ist, wie wenn man in die Badewanne mit 30° einsteigt und sich pudelwohl fühlt, dann auf 38° hochdreht, dann ist der Rückweg schon auf 30° sehr, sehr kalt, aber auf 22 gibt es eine große Schwierigkeit. Vor diesen demographischen, gesellschaftspolitischen und volkswirtschaftlichen Herausforderung stehen wir. Und die wird nur zu bewältigen sein, wenn Deutschland weiter intelligent wächst. Und wenn sich Deutschland dem Wettbewerb der Welt um Ideen, Produkte, Dienstleistungen Plätze in der Tabelle, Championsleague nicht nur im Sport stellt, sondern auch in Wirtschaft, Staat und Politik. Die wichtigste Aufgabe, die der Staat auch in Zukunft aber wahrnehmen muss, heißt Bildung, heißt Erziehung, heißt Forschung. Ich sage es einmal etwas zugespitzt: Waren die letzten Jahrzehnte primär vom Aufbau der Gebäudeinfrastruktur geprägt, also Schulgebäude, Rathäuser, Bürgerhäuser, Konferenzsäle, Kongresshäuser, geht es jetzt darum, diese Gebäude, die wir haben, zu erhalten und mit mehr Leben zu erfüllen. Die große Zahl der Hochbauten geht dafür bei einer sinkenden Bevölkerungszahl sowohl im privaten Wohnungsbau wie im öffentlichen Infrastrukturbau zurück. Wir müssen die Zahl der Nutzungsstunden an der Schule erhöhen und nicht die Zahl der Schulräume. Die Zahl der Schulkinder sinkt, der Betreuungs- und Bildungsbedarf steigt an. Bildung und Forschung wird die wichtigste Investition unserer Generation, wenn unsere Rente und Pensionserwartung von unseren Kindern, die besser sein müssen als wir, auch nur halbwegs erfüllt werden soll. Und deswegen ist es richtig, dass man in den Haushaltstrukturen grundlegende Änderungen vornimmt. In der Wirtschaft ist ein Hochbau eine Investition, weil der Handwerksmeister und Mittelständler dann seinen Wert erweitert, wenn er Aufträge hat, Umsätze bekommt, Erträge hat und daraus auch die Schulden für den Neubau zurückzahlen kann. Wenn der Staat baut, wenn der Staat ein Hochhaus, einen Hochbau erstellt, hat er die Ausgaben, aber danach keine Einnahmen, keine Umsatz- und keine Ertragssteigerung, maximal der Hausmeister und die Hei-

zungsabrechnung kommt auf ihn zu. Folgelast also. Das heißt, ich glaube, dass die Investition in Köpfe, in Menschen und Herzen, in Charakter und Verstand der jungen Generation und auch die Weiterbildung von uns in einer sich schneller drehenden Welt die wichtigste staatliche und kommunale öffentliche Aufgabe überhaupt wird, und bei allem Respekt vor dem dualen Bildungswesen, privaten Schulträgern, privaten Hochschulen, die im Wettbewerb richtig und wichtig sind, diese Aufgabe nimmt dem Staat und die Kommune niemand aus der Wirtschaft wirklich auf Dauer ab, dies bleibt die herausragende öffentliche Dienstleistung für die Zukunft Deutschlands schlechthin.

(Beifall)

Der zweite Aufgabenbereich, für den steht Joachim Herrmann, der heißt: innere Sicherheit. Früher einmal Nachtwächterstaat genannt, ist die Grunddienstleistung der öffentlichen Hand: Justiz, Gerichtsbarkeit, Polizei, innere Sicherheit. Dass die gemeinsamen Regeln und Gesetze eingehalten werden und man in den Rechtsstaat vertrauen haben kann. Die beiden Aufgaben: innere Sicherheit, Justiz, Gerichtsbarkeit und Bildung, Forschung sind die Grundaufgaben der öffentlichen Hand. Jenseits sind die anderen Aufgaben, Auto bauen, Nahrungsmittel herstellen, und dazwischen ist ein Grenzbereich für public private partnership. Das fängt bei Gesundheit, ambulant, eher freiberuflich, stationär, eher kommunal oder gemeinnützig an, aber auch hier gibt es private Träger, die hervorragend sind, und kommt im Bereich Infrastruktur und im Bereich Energie dann ebenfalls zum Schwur. Da gibt es nicht die eindeutige Antwort, dass bei Energie oder Gesundheit privat vor Staat geht, sondern da werden wir mit allen Aufgabenträgern die Frage besprechen müssen, was kann wer am besten und was ist zu tun. Energie. Immer mehr Sektoren der Wirtschaft, immer mehr Unternehmen, und immer mehr Produkte haben mit dem Standort Deutschland nicht wegen der Arbeitskosten ein Problem, die Energie- und Rohstoffkosten sind längst der entscheidende Punkt, die man prüfen muss, wenn man den Standort hält oder verlässt. Arbeitskosten haben sich in den letzten Jahren durch Qualifikation, durch Flexibilität, durch maßvolle Tarifabschlüsse und Automation relativiert. Energiegesamt- und Rohstoffkosten haben sich deutlich in der Gewichtung der Kalkulation und damit im Standortvergleich zu unseren Nachteilen verändert. Deswegen will ich schon die Frage aufwerfen, wollen wir in zehn Jahren noch Aluminiumhütten ha-

ben, wollen wir in zehn Jahren noch Kupferbearbeitung, wollen wir in zehn Jahren noch den Stahlbau bei uns haben, die Nahrungsmittelindustrie, die chemische Industrie? Oder sind wir bereit in Kauf zu nehmen, dass durch steigende Energiekosten, egal ob aus ökonomischen oder ökologischen Gründen, der eine und andere schleichend den Standort verlagern und irgendwann einmal verlassen muss. BASF oder Thyssen Krupp haben Produktionsstätten gleicher Qualität in der ganzen Welt. Und es grenzt an Untreue, wenn man dann trotz besserer Kalkulation den Standort Deutschland hält und nicht in Richtung Südamerika, Asien oder andere Weltregionen verlässt. Ich plädiere dafür, dass Deutschland ein industriell geprägtes, von gewerblich-technischer, handwerklicher Wertschöpfung geprägtes Land bleibt und sich nicht auf den Weg macht wie UK mit Dienstleistungen und Banking. Es war ein falscher Weg. Deutschland muss auch in Zukunft im Bruttoinlandsprodukt 30 % industriell geprägt bleiben, dann kommt das andere durch Zulieferung und Dienstleistung leichter und logischer hinzu.

(Beifall)

Im Bereich der Energie haben wir mehrere Kostenfaktoren und neue kommen hinzu. Das Neue ist bisher noch überhaupt nicht eingepreist, nämlich Infrastruktur. Und Sie können in der Energiepolitik lokal, national, europäisch, alle Ziele definieren, Versorgungssicherheit, Solidarität, Wettbewerb, Binnenmarkt, Verbraucherinteressen, Energieeffizienz. Wenn die Infrastruktur nicht entsprechend auf- und ausgebaut wird, kriegen Sie keines dieser energiepolitischen Ziele hin. Vergleichen Sie einmal die europäische Infrastruktur insgesamt. Die Straßen Europas. Die Schienenwege Europas. Den europäischen Luftraum. Die Hochseehäfen von Hamburg bis Genua, von Marseille bis Bremerhaven, die Binnenhäfen von Duisburg bis Mannheim, den Rhein-Main-Donau-Kanal, vergleichen Sie dann den digitalen Raum für Kommunikation, Navigation, Information, Sie können in Europa von Portugal bis Lettland, von Holland bis Griechenland Schweinehälften, Fernseher, Facharbeiter, Urlauber, Ideen, Dienstleistungen, Finanzprodukte, Informationen mühelos just in time transportieren. Wenn Stuttgart – Ulm noch ausgebaut wird auf der Schiene im Süden Deutschlands.

(Beifall)

Aber wir haben vergleichbar eine miserable Energieinfrastruktur, die noch immer in den alten Fürstentümern des 19. Jahrhunderts ruht. Da haben Sie hier das Netz des Bayernwerks, dann kommt das kleinere der EVS, dann kommt das Badenwerk, dann kommen die alten Netze von VEW und RWE und SIBA, HEW und BEWAG, und längst können wir nicht in Qualität und Kapazität Strom und Gas in gleicher Menge und Zeitgenauigkeit transportieren, wie es mit dem Auto, dem Truck, der Schiene und dem Flugzeug für andere Waren und Güter im europäischen Binnenmarkt geht. Wissen Sie, das europäische Energierecht oder genauer gesagt, die Europäisierung der Energiepolitik ist in vollem Gange und wir haben in der Infrastruktur darauf noch nicht reagiert. Sie können von Frankreich keinen Strom nach Deutschland und umgekehrt transportieren. Die Gaspipelines gehen noch immer, wie in den GUS-Staaten, von Ost nach West, kein Rivers flow, nicht Nord – Süd. Selbst wenn wir wollen, wenn in Polen kein Gas ankommt, aus Deutschland könnte man gar nicht helfen, weil die Pipeline nicht besteht. Deswegen werden wir in den nächsten Jahren Milliarden einsetzen müssen für die Energieinfrastruktur, primär für Strom und Gas. Das erneuerbare Energiengesetz war und ist ein großer Erfolg. Aber die große Gefahr besteht darin, dass das Gesetz einmal zu unbezahlbaren Stromkosten führt. Ich mahne von außerhalb ausdrücklich an, die jetzige Reform heißt nicht: Aus. Wir können auf Dauer es uns nicht leisten, dass Fotovoltaikplatten dort gebaut werden, wo garantiert die Sonne nicht hinkommt. Und dass Windmühlen dort erstellt werden, wo der Wind nicht stabil weht.

(Beifall)

Also, im Harz, ich rede jetzt nicht von Freising und den Mooren östlich von München, wo es heute neblig und selten sonnig ist. Im Harz haben wir 800 verwertbare Sonnenstunden im Jahr für Stromumwandlung. Und in Spanien haben wir 2000 und in Marokko 2 ½ Tausend. Der Kaufmann wüsste, wo er installiert. Die Politik macht das Gegenteil. Und Sie, der Verbraucher, bezahlt's. Wir haben auf der Schwäbischen Alb 1500 verwertbare Windstunden und Off shore Borkum oder Schottland 5000 verwertbare Windstunden. Der Kaufmann wüsste, wo die Windmühle erstellt wird, die Politik macht das Gegenteil. Und ich sage Ihnen, diese Entwicklung, dass der Strompreis einmal durch immer neue Abgaben und Steuern für Öko- und Brennelemente erhöht wird, zum zweiten, dass er durch das Einspeisegesetz bald einmal 6 Cent

ausmachen wird und drittens noch 3 Cent, die notwendig werden für die Infrastruktur. Diese dreifache Preissteigerung hält die Industrie und hält der kleine Privathaushalt aus sozialen Gründen nicht aus. Ich behaupte, nicht mehr Hungersnot, nicht mehr Ernährungsarmut wird die Armut der Zukunft sein, der Sprengsatz in der Gesellschaft wird in wenigen Jahren lauten, ob sich jeder noch, egal, woher er sein Einkommen bezieht, die warme Wohnung im Winter, die Kühlung im Sommer, den Kühlschrank für die Nahrungsmittel und Helligkeit und Sicherheit leisten kann. Wir werden eine Energiespaltung der Gesellschaft bekommen, wenn der Strompreis von uns nicht verantwortlich entwickelt wird und dies heißt für die Integration der Erneuerbaren können wir nicht beliebig mehr ausgeben, sondern müssen wir europäisch optimieren, und für die Infrastruktur müssen wir mehr ausgeben, damit die Integration der Erneuerbaren gelingt. Wind im Norden, Sonne im Süden, der Verbrauch dort, wo die Metropolen sind, Rhein, Ruhr, Stuttgart, München, Lion, Paris. Und dafür brauchen wir eine europäische Infrastruktur. Und diese Entwicklung hat mit viel Geld, aber auch mit viel Überzeugungskraft und dann mit Durchsetzungsmöglichkeit in Parlamenten und vor Gericht zu tun. Ich möchte behaupten, dass die Durchsetzung von Überlandleitungen die Herausforderung der Infrastruktur in Deutschland in den nächsten Jahren werden muss. Und ich lade Sie alle dazu ein, egal, ob ehrenamtlicher Gemeinderat, hauptamtlicher Bürgermeister, Abgeordneter, egal, ob Redakteur und damit für die Medien verantwortlich, egal, ob Unternehmer. Wir müssen die Akzeptanz herstellen, dass die Infrastruktur in Deutschland auf- ausgebaut wird in Qualität und Kapazität.

(Beifall)

Man kann ja für oder gegen Kernkraft sein, ich sage es völlig wertneutral. Wer gegen Kernkraft ist, ist dann eingeladen, für Kohle zu sein, aber er kann auch dagegen sein. Aber für irgendetwas muss er sein. Nur die Zahl der Steckdosen in der heimischen Wohnung erhöhen, reicht zur Versorgungssicherheit leider nicht aus.

(Beifall)

Und wir haben in Deutschland, meine Damen und Herren, eine herausragende, bisher herausragende Energieversorgungssicherheit. Unsere Energieunternehmen

werben mit Yellow, Green oder Blau, alles Blödsinn. Strom hat keine Farbe, keinen Geschmack, keine Form, aber er kommt pünktlich. In Deutschland stabil. Die Zahl der Stromausfallstunden ist weltweit nirgendwo so gering wie bei uns. Mit dem Argument zu werben und dafür zu arbeiten, hat entscheidend mit Infrastruktur in den nächsten Jahrzehnten zu tun. Wenn wir wirklich in Richtung 80 Prozent erneuerbare Energien im Energiemix gehen wollen, und 2050 erleben manche von uns noch, unsere Kinder werden dann mitten drin sein, da muss klar sein, 80 Prozent stellt man nicht auf der Schwäbischen Alb und auch nicht in Freising her, oder der Preis sprengt alles, was vorstellbar ist. 80 Prozent stellt man Off Shore, Nordsee, Ostsee und in Marokko und Tunesien her und braucht dann dafür die Infrastruktur. China ist nie ein Vorbild in solchen Fragen, aber immer einen Vergleich wert. In China werden derzeit 65 Kohlekraftwerke im Nordwesten Chinas neu gebaut, da liegt die Kohle im Boden und wurde bisher transportiert, jetzt stellt man dort den Strom her und transportiert ihn mit Gleichstromleitungen nach Shanghai, Kanton, Hongkong, Beijing. Und zugleich werden 30 Kernkraftwerke gebaut, und in fünf Jahren wird alles realisiert. In fünf Jahren wird bei uns im Gemeinderat maximal die Frage andiskutiert, ob der rostende Strommast grün, blau oder gelb angemalt werden soll, aber neu gebaut wird bei uns gar nichts.

(Beifall)

Und deswegen sage ich vereinfacht, wenn wir wettbewerbsfähig und glaubwürdig bleiben wollen, dann müssen wir von der ersten Planung bis zur Inbetriebnahme die Verlaufszeit für Überlandleitungen von derzeit 12 bis 20 Jahre auf 5 bis 8 Jahre reduzieren, was trotzdem mit vollen demokratischen Regeln und mit allen rechtsstaatlichen und eigentumsrechtlichen Fragen vereinbar ist, aber Eigentum verpflichtet. Artikel 14, die Sozialpflicht des Eigentums. Dies gilt auch für Pächter und Nutzer und auch für Bürgermeister. Sankt Florian mal 1000 ist noch keine gute deutsche Energiepolitik.

(Beifall)

Die andere große Aufgabe, ich spreche nur das Stichwort an, heißt Energieeffizienz. Das heißt, höhere Zielgenauigkeit, Energie sparen. Und hier ist der Verbund der

Wirtschaft und ihre Techniker mit dem Staat und der Gesetzgebung und den Kommunen mit der Siedlungsplanung und Sanierungspolitik und mit dem Eigentum der Kommunen, in der Immobilie, der Verbund aller drei gefragt. Wenn wir drei hier kooperieren, werden wir erleben, dass mit weniger Strom mehr Leistung und weniger Verschwendung und geringere Kosten verbunden sind. Das Thema intelligente Energieeinsatzung, Energieeffizienz wird das ganz spannende, herausfordernde Thema für Ingenieure und Politiker in den nächsten Jahren sein, denn ein Land, das wie Deutschland, keine Rohstoffe hat, lebt entscheidend von der Optimierung dessen, was man importiert. Stichwort Import derzeit, wenn Sie alle energetischen Medien nehmen, Biomasse, Nuklearstoffe, Gas, Kohle, Öl, ist Europa zu 55 Prozent von Importen aus Drittstaaten abhängig. Aber diese Abhängigkeit steigt in den nächsten zwei Jahrzehnten auf 75 Prozent an, weil die Eigenvorkommen zu Ende gehen und weil der Energiebedarf in aufstrebenden neuen Mitgliedsländern steigt. Überlegen Sie einmal, wir wären bei einem anderen Grundbedarf, Essen und Trinken, zu 75 Prozent von Importen abhängig. Da käme Unruhe auf. Da würden Sie Konserven horten, Brot einfrieren, sogar Drollingerfässer kaufen freiwillig, obwohl der Münchner lieber Burgunder und Piemont-Weine trinkt. Aber im Ernst, wer wie wir in eine 75prozentige Importabhängigkeit geht, muss alles tun, dass daraus keine Erpressbarkeit werden kann, sondern muss effizient einsetzen, muss Erneuerbare steigern und muss trotzdem sparsam wirtschaften, was in Infrastruktur und Energieeffizienz zugleich verbunden ist. Letzter Punkt: Die Frage unserer Mannschaftsaufstellung. Stadtwerke haben in der Tat Kultur und Konjunktur. Auch hier rate ich zu einem guten Dialog und ab von jeder Ideologie. Es gibt nicht die vier wirklich Großen, so groß sind die alle nicht. Weder Vattenfall, noch RWE, noch E-on, noch Energie Baden-Württemberg. Und übrigens, alle vier waren einmal staatlich geprägt. Das Bayernwerk hat dem Staat gehört, die VIAG anteilig ebenso, VEBA hat dem Bund gehört, RWE war kommunal und ist noch immer kommunal, mit über 30 Prozent, und die Energie Baden-Württemberg gehört zu über 50 Prozent Landkreisen und Kommunen aus dem hiesigen Nachbarland. Es sind nicht irgendwelche wilden Konzerne, das sind Teile aus der kommunalen Familie. Wie ich auch sagen will, natürlich haben die Sparkassen beste Karten, aber die Sparkassen haben doch nicht Aufgaben, die problematisch waren, den Landesbanken übertragen und dort, wie die Länder, zu wenig gemacht und heute tun sie so, als ob das Kind Landesbank überhaupt nicht

mehr ihr Kind wäre. Die Sparkassen sind für die Entwicklung Landesbanken gleichermaßen wie die Länder voll verantwortlich.

(Beifall)

Und dass Vattenfall nach Deutschland kam, hat mit dem Verkauf von BEWAG und HEW, das heißt, den beiden größten deutschen Stadtwerken in Berlin, Hamburg zu tun. Und dass die Energie Baden-Württemberg das Stuttgarter Stadtwerk übernommen hat, ist ebenfalls eine Entscheidung der kommunalen Selbstverwaltung. Und jetzt behaupte ich zweierlei: Stadtwerke machen Sinn, aber nicht jede Stadt wird mit einem eigenen Stadtwerk erfolgreich und glücklich sein. Da kommt es sehr wohl auf gute Businesspläne und eine notwendige Betriebsgröße an. Und dann rate ich aus der europäischen Sicht, Stichwort Binnenmarkt, Wettbewerb und Beihilfe, wir sollten aufpassen, dass nicht irgendwann einmal sich die Kommission für das Thema Wettbewerb für Stadtwerke und Insolvenzunfähigkeit und Tripple A und Refinanzierung und damit indirekt für dasselbe Thema wie leider bei ARD und ZDF oder bei den Sparkassen, Landesbanken seit Jahren interessiert. Das heißt, wer hier zurückhaltend operiert, fordert die Europäische Kommission und ihr Beihilferecht erst gar nicht heraus. Unter den großen Vier, sage ich Ihnen, im europäischen Maßstab sind sie nur relativ groß. Wir sind doch in Deutschland immer an einem europäischen Marktführer interessiert. Premium, BMW und Daimler, über alles VW. Elektrotechnik und Medizintechnik Siemens, Chemie BASF, Bank, hoffentlich Deutsche Bank, im selben Stil Maschinen Trumpf. Nur in einer Branche, in der Energiebranche, tun wir alles, dass die Deutschen nicht zu den großen europäischen gehören, und nie ins Endspiel gelangen gegen EWF, GWS, wobei die beiden gar nicht so arg groß sind, die wirklich Großen sind die, die Rohstoffe haben, wie BP, Shell und Gasprom. Das heißt, wir brauchen auch hier in der Energie eine Frage, mit welcher Mannschaft wir in die Zukunft gehen und was unsere Industriepolitik sein soll in der Europäischen Championsleague, in der Deutschland, wie Lufthansa oder FraPort und Flughafen München zu den Besten im Halbfinale und Finale gehören will. Das heißt, ich sehe die Energiepartnerschaft angesagt und wir müssen gemeinsam in die Infrastruktur investieren, damit Deutschland mit seinen Stromkosten nicht sozialen Sprengsatz und die industrielle Entwicklungen bekommt, in dem Sinne eine gemeinsame Aufgabe für Staat, Kommune und Wirtschaft. Ich wünsche Ihrer Tagung viel Erfolg. (Beifall)